

Correspondent

Erscheint
Dienstag, Donnerstag,
Sonntags.
Jährlich 150 Nummern.

für

Alle Postanstalten
nehmen Bestellungen an.
Preis
vierteljährlich 65 Pfennig.

Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

43. Jahrg.

Leipzig, Dienstag den 23. Mai 1905.

№ 59.

Offener Brief

an die Berliner und Leipziger Kollegenschaft!

Kollegen! Wer in letzter Zeit den „Corr.“ aufmerksam verfolgt, wer auch einen Blick hinter die Kulissen getan hat, der mußte mit wachsender Besorgnis wahrnehmen, daß sich der Geist der Rebellion in unseren Reihen bemerkbar macht. Nicht die Meinungsfreiheit soll verpönt sein; nein, wenn die Geister auseinanderfliegen, dem Gewitter gleich reinigend wirken, das soll auch weiter in unserm demokratischen Verbandsverbande erlaubt sein. Es ist ja sogar erwünscht, wenn das „Volk“ mit Nachdruck seine Meinung vertritt; geradezu verbandsschädigend wirkt aber das in letzter Zeit beliebte Herunterreißen und wie einzelne Kollegen in den Kot gezerrt werden. Der außerhalb der „Parteien Gunst“ stehenden Kollegenschaft Deutschlands wird das Verderbliche immer klarer, und deshalb, Kollegen, laßt ab von diesem Wege, an dem als lachender Dritter nur die Prinzipalität steht. Wir wollen kämpfen, und wir sollen ja auch kämpfen. Aber nicht unsere eignen Klassen-genossen wollen wir rücklings niederkämpfen, sondern gegen das Unternehmertum wollen wir unsere Waffen führen; sorgen wir also dafür, daß sie nicht stumpf sind oder gar besetzt werden mit dem Blute der eignen Arbeitsgenossen!

Kollegen! Die Tarifrevision steht vor der Tür, und was gibt es da nicht alles zu tun? Denn daß die Prinzipale unsere Forderungen glatt annehmen werden, das glaubt wohl niemand. Allerorts sind die Preise für die Lebensmittel und die Kosten des Lebensunterhaltes überhaupt enorm gestiegen, alles wird teurer, nur der Lohn bleibt der gleiche. Laufende liegen auf der Landstraße, ein Segmaschienenhystem, eine Feuerföndung im Druckereianale löst das alte, nun wieder minderwertigere ab, und doch „fann“ von einer Verkürzung der Arbeitszeit „zurzeit“ keine Rede sein, die Schmutzkonturrenz verbietet das — so jagen unsere „Meister“. Der neue Posttarif bringt nochmals eine Erhöhung mit sich, doch wir bewilligen nichts — so sprechen „sie“. Eine Organisation nun, die diesen gerechten Forderungen auf Erhöhung des Lohnes und Verkürzung der Arbeitszeit Nachdruck verleihen könnte, brauchen unsere Unternehmer nicht zu fürchten, der Verband hat ja anderes, besseres zu tun — er muß sich gegenseitig zerstreifen! Gespalten in mehrere Lager, ist er ohnmächtig, die Lebensinteressen seiner Mitglieder zu wahren. So, Kollegen, wird man in nicht mehr ferner Zeit jagen können, wenn wir nicht die Streitkräfte begraben und wieder zu positiver Arbeit zurückkehren. Was gibt es nicht alles noch zu tun, damit uns die Tarifrevision voll und ganz gerüstet findet?

Da ist vor allem die Tarifgemeinschaft weiter auszubauen. Wo es in Güte bei den einsichtlosen Prinzipalen nicht geht, muß außer mit der kompakten Masse aller Verbandsmitglieder — denn darüber sollte sich doch Großstadt und Provinz klar sein, daß die eine ohne die andre nichts ausrichten kann — noch mit den so verspotteten Petitionen an Behörden an Korporationen nachgeholfen werden; es muß immer wieder hingewiesen werden auf die Schäden und was uns und dem Gewerbe not tut. Man überlasse da ruhig jedem Gau in seinem Kreise dahin zu arbeiten, auf daß geordnete tarifliche Verhältnisse Platz greifen. Es wird für jeden Gau etwas zu tun geben, und auch in der Drantienstraße in Berlin ist eine Wunde, wo es noch sehr viel zu arbeiten gibt. Jeder Ortsverein, jeder Bezirk wird dann seine ganze Kraft einsetzen können, um den Tarif auch in Wirklichkeit durchzuführen, wenn er weiß, der Verband in seiner Gesamtheit unterstützt uns.

Daß in erster Linie dem Tarifamte ein großer Verdienst gebührt, das, Kollegen, wollen wir nicht vergessen. Und sind auch einzelne nicht in allen Stücken mit den Entscheidungen obengenannten Amtes einverstanden, so hüten wir uns davor, das den Personen, welche dort amtieren, in die Schuhe zu schieben.

Weiter sind wir dank unserm Zentralvorstande schuldig. Kollegen, denkt nur an das Jahr 1896! Die Zeit, welche die allein unparteiische Richterinnen ist, hat der begonnenen Führung unserm Zentralvorstandes recht gegeben. Denn der Zentralvorstand, der nicht durch eine kurzfristige Ortsvereinsbrille die Sachlage überschaut, son-

dern immer das Ganze überblickt, der weiß, was dem Schiffe, dessen Steuermann er ist, not tut, um es durch die Klippen dem sichern Hafen zuzuführen. Und das ist ja auch ganz natürlich. Denn heute ist der Zentralvorstand auf Agitationsreisen, bald in diesem, bald in jenem Ortsvereine, morgen auf der Generalversammlung eines ausländischen Brudervereins, dann wieder auf diesem oder jenem Goutage da muß er doch am besten wissen, wo uns der Schuh drückt, und wo der Hebel angelegt werden muß. Daß er seine Pflicht niemals verletzt hätte, das wird wohl keiner von uns behaupten wollen. Darum fort mit dem totalen Streite!

Nun kommen wir zur Redaktion des „Corr.“. Wer ist mit ihr zufrieden? Niemand!* Mit diesem Artikel hat es die Redaktion mit der einen Hälfte der Mitglieder verstanden, dagegen die andre Hälfte damit voll und ganz zufrieden gestellt. Morgen bietet sich das ungelesene Bild. Diesmal ist die erste Hälfte zufrieden, während die zweite Hälfte stracks die Abhebung der Redaktion fordert. Auch über unsere alte Moris hat die Redaktion zu Anfang dieses Jahres zweimal die Schale ihres Mißfallens ausgegossen, aber daß wir da gleich eine dem Unternehmertume abgeduckte Maßregel, etwa die Abhebung, in Anwendung gebracht wissen wollten, nein, das können wir als Arbeiter nicht mit unserm Gewerkschaftsprinzip vereinbaren. Mancher Versammlungsbericht, ja sogar unser Generalversammlungsbericht von hier wurde zusammengestrichen, aber wir zogen nicht gleich blank, und diese Maßigung wäre auch damals der Spezialorganisation der Drucker in Berlin zu wünschen gewesen. Die Redaktion eines Arbeiterblattes, ganz gleich ob gewerkschaftlicher oder politischer Tendenz, gehört nicht nur zu den schwierigsten, sondern auch zu den unanfälligsten Posten, den der Arbeiter als Arbeitgeber zu vergeben hat, weil der „Sach“ so ziemlich auf alle Vergehen als Strafe gesetzt ist.

Wir lesen nun den „Corr.“ schon seit vielen Jahren und sogar unter drei Redakteuren, aber keiner von denselben konnte es den Kollegen recht machen. Wollte es die Redaktion des „Corr.“ jedem recht machen, so würde die Folge sein, daß wir statt einer Ausgabe 40 000 Sonderausgaben mit ebensoviele Redakteuren haben müßten. Ob sich das gleiche Bild dann nicht auch bei euch Kollegen in Berlin und Leipzig betreffs eurer Vorstände einschließlich der Schriftführer bieten würde, das glauben wir getrost mit einem Ja beantworten zu können. Darum, Kollegen, sind wir gegen unsere Arbeiter etwas toleranter, kehren wir nicht immer gleich den Herrenstandpunkt heraus, wenn einer eine andre Meinung hat als wir. Daß unsere Redaktion jederzeit das Richtige getan hat, und daß sie die ihr zugewiesene Aufgabe nach bestem Gewissen erfüllt hat, das, glaube ich, kann die übergroße Weisheit der Leser wohl bejahen. Es ist aber, um die Tätigkeit der Redaktion beurteilen zu können, vor allen Dingen nötig, daß man Leser des „Corr.“ ist und nicht über unser Organ schimpft, ohne es gelesen zu haben. Darum Kollegen, werdet alle Leser unser Fachblattes, das eine Hauptwaffe in unsern Rüstkasten ist. Es ist geradezu beschämend für uns Buchdrucker, die wir die Menschheit mit geistiger Nahrung versorgen, daß wir vielfach selbst geistig hungern. Und wir glauben, keinen schöneren Beweis von der Liebe zum Verbandsbande könnten uns die Ortsvereine oder Gause geben, die noch nicht das Obligatorium haben, als daß dieses sobald wie möglich zum Beschluß erhoben wird.

Wir sind nun am Schlusse unserer Bitte um Frieden an die Kollegenschaft angekommen, möchten aber noch die Mahnung antippen, aus Dresden kein zweites „Dresden“ zu machen. Wie 1903 in Dresden der Bruderkampf innerhalb der Partei — der Akademikerfreit — getobt hat, das, Kollegen Deutschlands, verhindert mit aller Kraft! Wirkt alle in euren Versammlungen dahin, daß die Delegierten sich nicht dazu hergeben, zum allgemeinen Gaudium persönliche Befähigkeiten auszutragen; geht nach Dresden, um etwas Gutes für die Mit-

glieder des Verbandes zu schaffen. Nicht sondern organisieren, sondern einigen, stärken, das muß unsere Lösung sein! Widmet speziell den Anträgen, welche die nächstjährigen Tarifberatungen betreffen, euer Hauptaugenmerk; verwendet viele, viele Zeit darauf!

Wir haben, weil wir Frieden predigen, jedes Kränkliche für die einzelnen Kollegen, die an diesem Bruderkampf beteiligt sind, weggelassen. Jetzt ist es an euch, Kollegen, zeigt, daß ihr Verbandsmitglieder seid, daß ihr auch als solche denkt und fühlt; vergeßt dieses oder jene harte Wort, das euch der Gegner, der ja euer Berufs-genosse ist, in der Hitze des Gefechtes entgegengeschleudert hat, denn den größten Sieg hat der errungen, der sich selbst besiegt.

Mürnberg.

W. Kolb.

Was zu sagen notwendig ist.

Zum „Corr.“ regnet es jetzt Erwidrerungen, verursacht durch die „objektive“ Abfassung der Berliner und der Leipziger Versammlungsberichte. Es ist das gewiß keine angenehme Lektüre, es sind aber auch keine gesunden Zustände, aus denen heraus solche Folgeerscheinungen datieren. Wenn dieses Hinüber und Herüber jedes eifrige Mitglied unserm Verbande, dem das Ganze noch etwas gilt, auch recht schmerzlich berühren muß, so nimmt man das noch still, wenn auch verärgert hin, weil es in erster Linie die persönlich dabei Engagierten angeht. Eine Ausnahme hiervon macht jedoch die „Erwidrerung“ des Kollegen Engelbrecht gegen den Kollegen Hamann in Nr. 56 des „Corr.“, denn diese fordert auch den geduldbigsten Leser geradezu heraus und ist sehr geeignet, den Erwidrerer um ein gut Teil der für ihn noch vorhandenen Sympathie zu bringen. Kollege Engelbrecht, der hiesige Gauvorsitzende und Leiter unserer Versammlungen, bringt darin seine persönlichen, von den übrigen Vorstandsmitgliedern also unbeeinflussten Meinungen und Gefühle zum Ausdruck. Kollege Hamann war nämlich so frei, über die Objektivität der „Corr.“-Redaktion eine andre Meinung zu haben als sie bei dem Vorstände und einer Anzahl hiesiger Kollegen — keineswegs aller! — vorhanden ist. Er verjuchte sogar, diese seine Meinung in der Versammlung zu äußern. Daß dieser Versuch jedoch nicht ungehört bleiben darf, ist für Kollegen Engelbrecht so selbstverständlich, daß er gegen den Kollegen Hamann oben erwähnte „Erwidrerung“ losläßt, die nicht nur jede Objektivität vermissen läßt, sondern gehässiger gar nicht ausfallen konnte. Kollege Hamann wird einfach für unfähig erklärt, sich ein Urteil über die jetzigen blamablen Zustände innerhalb der Leipziger Kollegenschaft und Versammlungen zu bilden, weil — nun: „weil auch Kollege Hamann erst seit kurzer Zeit hier ist“, und er deshalb nicht weiß, wie früher hier „gearbeitet“ wurde. H. wird vom Kollegen E. gewissermaßen als Versammlungselowin hingestellt und vor der gesamten deutschen Kollegenschaft lächerlich zu machen versucht, trotzdem vielleicht Kollege H. ebenso wie sein Gegner E. das Beste für unsere Organisation will und jedenfalls mit den besten Absichten in jene Versammlung ging. Uebrigens haben andre Leute durchaus nicht gefunden, daß Hs. Ausführungen konisich waren oder auf den Vorstand besüßigend gewirkt haben.

Wahrlich, mit dieser „Erwidrerung“ entwirft Kollege Engelbrecht ein groteskes Spiegelbild der jetzigen Leipziger Versammlungen. Aus der Feder unserer Vorsitzenden und Versammlungsleiter ist die deutsche Kollegenschaft, wie „objektiv“ und „unpersönlich“ jetzt in Leipzig „gearbeitet“ wird. Durch diese „Arbeit“ wird ein großer Teil älterer, um unsere Sache verbienter Kollegen von den Versammlungen ferngehalten, denn wie Kollege H. in der „Erwidrerung“ offenlegt, ist schon mancher in diesem Jahre in den Versammlungen heruntergerissen worden. Wenn trotzdem die letzteren einen leidlich befriedigenden Besuch aufzuweisen hatten, so lag das daran, daß die Tagesordnungen zu den Versammlungen meistens etwas Besonderes von dem erhoffen ließen und auch brachten, was dem Sinne und Stile der „Erwidrerung“ des Kollegen E. entspricht. Und leider erwärmen sich in Leipzig noch immer Kollegen für derlei Vorkommnisse in den Versammlungen. Es wäre traurig um unsere

* Das ist nicht zutreffend. Ausnahmsweise wissen wir das einmal besser. Unser Drucker hat uns nämlich an sein sonst gar nicht so gefühlvolles Herz gedrückt, als er die Folgen der Abfassung unsers Vorbildes in der Beilage hoffentlich sah. Und die Welt hat uns hierzu gelegentlich der Ansicht, daß bei solchem Umfange für 1905 die Zeige für den „Corr.“ um 7000 Mrk. erhöhen müßte — auch diese wolle Zufriedenheit ausgedrückt. Wd.

Sache bestellt, wenn solche Großstadt auch in der Provinz wehete, und die Provinzfolgen hätten noch viel, sehr viel zu lernen, wenn sie auch auf diesem Gebiete der Großstadt nachkommen wollten!

Das großartige, in allen Tonarten klingende Trara, mit dem die sogenannte „Objektivitätsversammlung“ (die nach Berliner Muster veranstaltete, hier nur noch etwas effektloser ausgegangene Protestversammlung gegen die Redaktion des „Corr.“) angekündigt wurde, wäre einer besseren Sache würdig gewesen, die Versammlung hätte z. B. mit der Veröffentlichung des Resultates der Gewerkschaftswahl und ähnlichen Sachen ausgefüllt werden können. Wenn ich auch nicht wie viele hiesige Kollegen meine, diese Veröffentlichung sei wegen der geringen Stimmzahl, die gewisse Vorstandsmitglieder auf sich vereinigt haben, unterbleiben, so bin ich doch der Ansicht, daß ein großer Kollegenkreis innerhalb und außerhalb Leipzigs Interesse an dem Ausgange einer Gewerkschaftswahl besonders unter solchen Umständen hat.

Wso in der nächsten Versammlung ist Kollege Hamann an der Reihe. (Und Sie, Kollege Höfer? Red.) Wehe ihm, wenn er diese Versammlung besucht; wehe ihm aber auch, wenn er sie nicht besucht! Auf jeden Fall wird er nach allen Regeln der Kunst und in aller „Objektivität“ niedergeschrieben. Es ist wirklich hohe Zeit, daß die Verbandskollegenchaft gegen die jetzigen Zustände Stellung nimmt und sich der Resolution des Ortsvereins Gottha in Nr. 55 des „Corr.“ anschließt. Die Dresdener Woche aber möge auch für uns Leipziger ein reinigendes Gewitter bringen.

Leipzig.

Perm. Höfer.

Aus dem Gewert- und Genossenschaftsleben.

Wir verbinden diesmal die Monate April und Mai zu einer Uebersicht, von letztem die für uns bemerkenswerten Vorgänge aus seiner letzten Woche zur Juniübersicht zurückstellend. Daß des ausnahmsweise frühen Abschlusses wegen auch die ziffermäßigen Ausweise über den Arbeitsmarkt, die Streiks und Ausperrungen usw. im Mai noch nicht gebracht werden können, ist selbstverständlich, denn die ersten Angaben darüber kommen nie vor dem 15. des folgenden Monats heraus. Ueber die im April abgehaltenen Verbandstage und Kongresse haben wir schon in den Nummern 54 und 57 berichtet, im Mai haben fünf solcher Tagungen stattgefunden resp. werden noch stattfinden — der fünfte Gewerkschaftskongreß (22. Mai) und der Verbandstag der Schiffszimmerer (24. Mai) — die bis zur letzten Maiwoche abgehaltenen sollen aber noch in dieser Uebersicht Berücksichtigung finden.

Die in der Berichtszeit dem inzwischen begonnenen **Gewerkschaftskongresse** in Köln von der Gewerkschaftspresse gewidmeten Betrachtungen lassen es angezeigt erscheinen, unseren Lesern ein Bild über die Stellungnahme der Organe der freien Gewerkschaften zu den Fragen Generalstreik und Maifeier zu geben. Die abweichenden Ansichten über andere Punkte wollen wir nicht erwähnen, weil das zu weit führen würde. Zu hoffen bleibt allerdings, daß auch in solchen Fragen die Kölner Verhandlungen genau die künftig zu befolgenden Wege vorzeichnen werden, daß also die sehr notwendige Klärung und Regelung in gewissen Sachen, welcher schon in den Nummern 35 und 41 gedacht wurde, bestimmt erfolgt; ein hinausgehendes der Entscheidung darüber wäre meistens vom Uebel. Da der „Corr.“ seine grundsätzlichen Ansichten über die Generalstreik sowie die Maifeierfrage oft genug geäußert, und in den Artikeln „Generalstreik und Maifeier“ erst vor kurzem (Nr. 50 und 51) dem Kölner Gewerkschaftskongresse die von uns für unbedingt gebotene gestaltete Marschroute zur Akzeptierung empfohlen wurde, so geben wir diese Präzisionen möglichst nur referierend wieder. Unsere Leser aber werden auf diese Weise orientiert, wie diejenigen Gewerkschaftsblätter über diese Fragen denken, deren Organisationen in diesem Jahre keine Aussprache auf ihren Verbandstagen darüber pflegen konnten. Zur Beurteilung der ganzen Situation und zur richtigen Bewertung der in Köln zu fassenden Beschlüsse ist das ebenso wichtig wie hoffentlich auch erwünscht.

Für die Generalstreiks-idee frei und offen tritt erfreulicherweise kein Organ der freien Gewerkschaften ein; ob unter den sich nicht aneinander Wälzern doch noch Anhänger dafür zu finden, wissen wir nicht, glauben es aber kaum. Die „Graphische Presse“ (Steindrucker und Lithographen) fühlt aber allem Anscheine nach keinen festen Boden in dieser Beziehung unter sich. Sie meint zwar, alle Kräfte dieser einen Idee dienlich zu machen, hiesige die für die organisatorische Weiterentwicklung gebrauchten Kräfte zersplittern. Mit dem Wachsen der proletarischen Bewegung und der Revolutionierung der Kräfte werde aber auch die Generalstreiks-idee wachsen. Wenn die Masse des wert-tätigen Volkes politisch und gewerkschaftlich organisiert sei, dann werde auch der Zweck der Generalstreiks-idee, die Eröberung der politischen Macht, mit oder ohne Generalstreik erreicht werden. Der Kölner Kongreß könne daher den Gewerkschaften keine bindenden Beschlüsse präsentieren, sondern nur eine allgemeine Richtschnur geben. Auch „Der Hand Schuhmacher“ verweist den Generalstreik nicht schlanke. Die Gewerkschaften als solche hätten mit dem Generalstreik nichts zu tun. (Ein Einwand, der ja auch bezüglich der Maifeier gemacht wird. Nur wird der gewichtige Umstand dabei übersehen, daß die gewerkschaftlichen Organisationen die Suppe auszulöffeln haben, indem ihnen die Opfer und sonstigen Folgen zur Last fallen

Als Ende März 1890 in der „Berliner Volkstribüne“ ein Aufruf der „Jungen“ erschien, am 1. Mai „alle Gewerke“ ruhen zu lassen, da hatte die sozialdemokratische Reichstagsfraktion dieses gleiche verantwortungsvolle Empfinden, weshalb am 13. April desselben Jahres von ihr ein Beschluß veröffentlicht wurde, worin ausgesprochen wird, daß der am 14. Juli 1889 in Paris abgehaltene internationale Kongreß nicht die Arbeitsruhe vorgeschrieben habe. „Wäre eine derartige Ansicht ausgesprochen worden, so wäre sie auf entschiedenen Widerstand gestoßen, ebenso wie der Vorschlag, einen allgemeinen Streik zu organisieren, welcher Vorschlag von deutscher Seite bekämpft und von dem Kongresse zurückgewiesen wurde.“ Der Generalstreik sei ja nur in Vorschlag gebracht und empfohlen worden für rein politische Zwecke. „Es sei gewiß kein Fehler, wenn sich das Proletariat überlegt, ob es außer dem Proteste in Versammlungen und der Abgabe des Stimmzettels nicht noch andere Wege gebe, seine Wünsche zur Geltung zu bringen. Eine Festlegung dieser Taktik könne aber nur für die politische Bewegung auf einem Parteitage erfolgen. Wann und ob der Generalstreik zur Anwendung komme, sei Nebensache; auf alle Fälle sei die Vorbereitung auf kommende Kämpfe, ganz gleich mit welchen Waffen sie geführt werden, notwendig, was am besten durch Ausbreitung der Organisation geschehe. Es sei daher ziemlich überflüssig, daß sich der Gewerkschaftskongreß mit dem Generalstreikprobleme besaße.“

Für die Arbeitsruhe am 1. Mai, mithin für die Maifeier in ihrer jetzigen Form, plädiert zunächst das Organ der Glasarbeiter. Es stellt sich auf den Standpunkt einer Berliner Holzarbeiterversammlung, welche vor kurzem eine geharnischte Resolution gegen die „Kleinigkeitstränerei“ einiger Verbandsbeamten faßte und von dem Gewerkschaftskongresse die Beibehaltung der Maifeier in bisheriger Weise verlangt. Das Fachblatt der Tabakarbeiter ist der gleichen Ansicht. Hestig wendet es sich gegen die Arbeiterführer, welche die Maifeier mit einer „Mode“ oder einer „Modetrunkheit“ vergleichen (uns ist nicht bekannt, auf wen das gemünzt ist). „Wenn allerdings Arbeiter- und Gewerkschaftsführer einen solchen Standpunkt zu Beschlüssen internationaler Arbeiterkongresse einnehmen können, dann dürfen sie sich nicht wundern, wenn sich die Genossen über ihre Köpfe hinweg an die Arbeiter in den Gewerkschaftsorganisationen wenden, denn schließlich sind es dann auch die betreffenden Gewerkschaftsführer mit ihrem Ich-Zum, welche „Uneinigkeit“ schaffen, nicht aber diejenigen Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder, die an der Maifeier in der bisherigen Weise festhalten wollen.“ Auf diese niedrige Drohung werden wir noch später eingehen, zunächst jedoch den Standpunkt der „Holzarbeiter-Zeitung“ betrachten, welche dringend wünscht, daß der Gewerkschaftskongreß von einer Wenderung der Form der Maifeier Abstand nimmt. Der Maifeier eine einheitlichere und würdigere Gestalt zu geben, sei auch in dem gegenwärtigen Rahmen möglich, man solle nur einmal einen ernsthaften Versuch dazu machen. Jede Regelung der Maifeier durch den Gewerkschaftskongreß, welche sich gegen die Beschlüsse von Amsterdam und Bremen richte, sei ein Fehler, der im Interesse der deutschen Arbeiterbewegung zu vermeiden sei. Dieser Standpunkt der neuen Redaktion der „Holzarbeiter-Zeitung“, die schon einmal von der „Leipziger Volkszeitung“ wegen revisionistischer Mährchen abgezeltet worden ist, befremdet einigermaßen. Der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes, Theodor Leipart, vertritt nämlich im Maihefte der „Sozialistischen Monatshefte“ die gegenteilige Ansicht. Kommt noch das Organ der Maurer. Die betreffende Nummer zeichnet der neue (dritte) Redakteur Wüning, es ist also möglich, daß von diesem der dem Gewerkschaftskongresse gewidmete Artikel stammt. Denn Baplow kann denselben nicht geschrieben haben, weil selbiger als Referent über die Maifeier auf dem Verbandstage (9. bis 15. April, siehe Nr. 57) wesentlich andere Ausführungen gemacht hat. Die Beteiligung an der Maifeier, heißt es im „Grundstein“, wäre von Jahr zu Jahr besser geworden, in diesem sei sie sogar die imposanteste gewesen. Es könne auch nicht darzulegen werden, daß die Maifeier fortgesetzt und in steigendem Maße bedeutende Opfer erfordere. (Auch „Bildhauerzeitung“ hat die Maurerorganisation in fünf Jahren 20000 Mk. für wegen der Maifeier Gemahrgelgte ausgegeben!) Der Einwand, daß es wegen der Arbeitsruhe am 1. Mai zu außergewöhnlichen Konflikten mit dem Unternehmertume kommen könne, treffe auf jede andre Aktion auch zu. (Auf dem letzten Verbandstage der Maurer sagte Baplow, daß die Organisation kein Interesse daran habe, die Arbeitsruhe am 1. Mai zum Ausgangspunkte großer Kämpfe zu machen. Es wäre unmöglich, dem Verbandsolde Opfer wie in den letzten Jahren auch ferner zuzumuten.) Und wie selbe es mit dem Einwande, daß die Fortschritte und Erfolge der Maifeier in ihrer bisherigen Gestalt gar so minimal seien? (In diesem Betrahte erklärte Baplow, die Niesenseltzige in den Großstädten bedeuten recht wenig, auf dem platten Lande und in den Kleinstädten sei aber gar nichts von einer Maifeier zu spüren.) Die von der Generalkommission angeordnete Reform, die Maifeier auf den Abend des 1. Mai zu verlegen, habe im ersten Augenblicke etwas Bestehendes an sich, näher beim Lichte betrachtet verblasse sie aber doch sehr. Ein abschredendes Beispiel gegen diese Reform sei das von der Stuttgarter Arbeiterchaft gegebene, die in diesem Jahre nach dem Programme der Generalkommission die Maifeier begangen habe; dies Beispiel reize nicht zur Nachahmung. Die General-

kommission könne deshalb von dem Kölner Kongresse nur beauftragt werden, sich mit dem Vorstande der sozialdemokratischen Partei in Verbindung zu setzen, damit dem nächsten Parteitage und dem nächsten internationalen Kongresse eine Vorlage zur schärferen Durchführung der Maifeier gemacht werden könne. (Baplow: Es müßte daher eine bessere Form der Maifeier gefunden werden, die der Kölner Gewerkschaftskongreß bringen müßte. Zum Ueberflusse wollen wir noch anführen, daß der Vorsitzende des Maurerverbandes auf dem Bremer Parteitage sagte, es wäre unmöglich, die Arbeitsruhe im allgemeinen auch nur einigermaßen durchzuführen. Wenn die in Folge der Maifeier ausgesperrten Arbeiter keine Unterstützung von ihren Gewerkschaften erhalten, wäre es auch mit der Begeisterung aus. In Nr. 57 d. Z. konnten wir ferner berichten, daß der Verbandstag der Maurer einen Beschluß gefaßt, wonach Mittel aus der Hauptkasse nicht zur Durchführung der Maifeier oder zur Unterstützung deswogen Gemahrgelgte verwendet werden dürfen.) Auf diese bedeutenden Widersprüche weiter einzugehen, scheidet von uns, ihre Gegenüberstellung genügt wohl.

Gegen die Generalstreiks-idee sprachen sich aus: Die „Buchbinder-Zeitung“: Die Aussicht auf Erfolg des Generalstreiks bleibt, ob für politische oder gewerkschaftliche Forderungen eingeleitet, gleich hoffnungslos.“ Die „Metallarbeiter-Zeitung“ schreibt: „Es ist deshalb starker Ueberzeußer des „Correspondent für Deutschlands Buchdrucker“, wenn er in zwei Kritiken den ohnehin toten Generalstreik noch „tüter“ schlägt. Er wird vom Gewerkschaftskongresse in Köln nahezu einstimmig abgelehnt und dadurch völlige, unabweidende Klarheit über die Stellung der deutschen Gewerkschaft zu dieser Frage geschaffen werden. Die Frage des politischen Massenstreiks dagegen soll offen gelassen werden, sie steht auch gar nicht auf der Tagesordnung des Kölner Kongresses, und es liegen auch keinerlei bezügliche Anträge vor. Der politische Massenstreik ist eben nicht Sache der Gewerkschaften, sondern der politischen Arbeiterpartei.“ Die „Holzarbeiter-Zeitung“ ist der Meinung, daß, soweit sie die Stimmung in Gewerkschaftskreisen kenne, die Generalstreikschwärmer in Köln eine glatte Abfuhr erfahren werden; „und das erfüllt uns mit Freude.“ Ein zweiter Artikel wirft auch den politischen Massenstreik in den Orkus. Die „Bildhauer-Zeitung“ erklärt, ihre Ansicht über die Generalstreiksillusionen habe sich auch nicht dadurch geändert, daß in den Reihen der sozialdemokratischen Partei Deutschlands die Fahne des politischen Generalstreiks erhoben wurde. Jede Vorbereitung zu einem Generalstreik müßte trotz aller Anrempelungen ob der „Versimpelung“ und der „Fremnigücherei“ irritie abgelehnt werden. Die „Fachszeitung für Schneider“ sagt: „Die Idee des Generalstreiks hat bis heute fast ausschließlich nur in den Köpfen derer gepflückt, die fernab der praktischen Organisations- und Agitationsarbeit standen und nichts Besseres zu tun hatten, bei ihrem Theoretisieren allerhand verrückte Pläne auszuhaken, und diesen wird zweifellos der Gewerkschaftskongreß zeigen, daß die Gewerkschaften Besseres und nützlicheres zu tun haben, als auf solche Pläne einzugehen.“ Das Organ der Maurer schreibt: „Der Amsterdamer Kongreß hat also nicht den Generalstreik oder den politischen Massenstreik befürwortet oder empfohlen; er hat im Gegenteile die „Generalstreiker“, die in ihrer Phantasie die Welt im Handumdrehen eröbern, weit von sich gewiesen. Nur die entfernteste Möglichkeit, daß die Arbeiterchaft doch einmal in der angegebenen Weise in Aktion treten könnte und müßte, hat der Kongreß anerkannt. Damit sollte es aber auch genug sein. Jeder Propaganda für den Generalstreik, wie sie seit ein oder zwei Jahren auch in Deutschland von einigen Personen betrieben wird, sollte mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden.“ Vom „Bauhilfsarbeiter“ wollen wir das Urteil nur in den wenigen Worten bringen: „Sicherlich wird der Kölner Kongreß die revolutionäre Propaganda der Tat einsargen und bis auf weiteres begraben.“ Der „Vereinsangeiger für Maler“ zitiert die Worte Klautzhs aus dem Jahre 1889: „Wo immer die Idee des Generalstreiks Anklang findet, sollte sie zur Diskussion gestellt und von allen klar denkenden Genossen auf das schärfste bekämpft werden... Lebende Menschen sollen Dummheiten nicht bloß deswegen unterlassen, weil ihnen die Mittel zu deren Durchführung fehlen, sondern auch deswegen, weil sie sie als das erkaunt haben, was sie sind.“ Die „Dachdecker-Zeitung“ läßt sich in der Hauptfrage folgendermaßen aus: „Dagegen wäre es eine schwere Schädigung der Arbeiter, wenn wir sie auf den Generalstreik, als auf die große Tat in der Zukunft, verließen und damit ihre Talente für die notwendige Agitations- und Organisationsarbeit in der Gegenwart kämen würden.“ Die „Allgemeine Gärtner-Zeitung“ sagt, es wäre nötig, daß, ehe ein sozialdemokratischer Parteitag sich mit der Frage befaßt, die Gewerkschaften zuvor ihre Stellung dazu präzisieren müßten. Es wird von Wert sein, „wenn eine so bedeutende Tagung, wie es der Gewerkschaftskongreß ist, kurz und klar eine scharfe und entschiedene Absage an denen erteilt, die etwa die Luft verpöhen, das Interesse der Arbeiter von ihren wichtigen Aufgaben in den Gewerkschaften, die heute der Erledigung harren, abzulenken, zugunsten einer Idee, die erst in der Zukunft praktischen Wert bekommen kann. Wir haben heute in den Gewerkschaften ganz andere Dinge zu tun und wir haben, was von wesentlicher Bedeutung ist, alle Hände voll zu tun, daß wir kaum in der Lage sind, alle unsere heutigen Aufgaben zu lösen.“ Man sieht also, die Idee des

Generalkongress ist recht spurlos an den deutschen Gewerkschaftsblättern vorübergegangen, spurloser als an manchem unserer Kollegen. Das ist kein Wunder — wir meinen die erste Tatsache —, denn die mit den bisherigen Generalkongress gemachten Erfahrungen sind alles andere, nur nicht ermutigend, und das letzte Exempel in Italien ist es am allerwenigsten, wenn auch noch so wenig darüber verläutet.

Für eine Abänderung der Form der Maifeier haben sich nachfolgende Gewerkschaftsblätter ausgesprochen. Wir nennen wieder die „Buchbinder-Zeitung“, deren Redakteur im vergangenen Jahre durch seine Abhandlung über diese Frage in den „Sozialistischen Monatsheften“ auf der Generalversammlung der Buchbinderorganisation Spitzhütten laufen mußte, zuerst; dieses Jahrgang schreibt also: „Die Behandlung der Maifeierfrage auf den Berufskongressen der einzelnen Gewerkschaften in jüngster Zeit läßt die Erwartung aussprechen, daß der Gewerkschaftskongress für eine Lenkerung der Feier votieren wird. Der gewerkschaftlichen wie politischen Arbeiterbewegung würde dadurch sicher nur genützt und manche Disharmonie damit beseitigt.“ Das Organ der Steindrucker und Lithographen nimmt in Sachen der Maifeier einen präziseren Standpunkt als beim Generalkongress ein: „Die bisherige Form hat nirgends Befriedigung hervorgerufen, sondern in jedem Jahre von neuem Zwistigkeiten in die Gewerkschaften hineingetragen. Eine einheitliche Form von der Gesamtheit durchgeführt, ist die würdigste Demonstration.“ Die „Metallarbeiter-Zeitung“ hofft, daß es dem Gewerkschaftskongresse gelingen möge, einen Beschluß zu fassen, der eine einheitliche Feier ermöglicht. Der Vorstand der Metallarbeiterorganisation hat schon vor einigen Jahren eine Anweisung an die Filialvorstände ergehen lassen, jede Unterstützung für Gemahrgesetze infolge des Ruhenlassens der Arbeit am 1. Mai zu verweigern. Diese Anordnung ist später aber gemildert worden.) Die „Bildhauer-Zeitung“ wird sehr deutlich: „Erst als man sah, daß die Gewerkschaften die Unkosten trugen, propagierte man eifrig die Arbeitsruhe; im Jahre 1890 fürchtete man noch die finanziellen Opfer. Und jetzt will man die leitenden Personen der Gewerkschaften für Verwäter erklären, weil sie sich nach der Erfahrung von über einem Jahrzehnt ebenfalls gegen die Arbeitsruhe wenden! Es wird am Kölner Gewerkschaftskongresse liegen, festzustellen, inwieweit die Gewerkschaften, die allein die Opfer der Arbeitsruhe zu tragen haben, selbständig in dieser Frage zu entscheiden haben. Von einem Konflikt mit der Partei kann gar keine Rede sein, da das beiderseitige Feld der Tätigkeit in allen wichtigen Fragen genau abgegrenzt ist. Und für so wichtig halten wir die Form einer Demonstration nicht, daß sich darüber politisch und gewerkschaftlich gereifte Leute in die Haare geraten. Es wäre das nicht des Schweißes der Eule wert.“ Die „Nachzeitung für Schneider“ legt folgendes Geständnis ab: „Bei aller Begeisterung, die auch wir einmal für die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai hatten und auch für die einzig richtige hielten, um in wirksamer Weise für die Idee, die uns diesen Weltfeiertag der Arbeit geschaffen hat, zu demonstrieren, sind wir doch zu der Ueberzeugung gekommen, daß die heutige Form der Feier nicht die richtige ist. Die Arbeitsruhe am 1. Mai strikte durchgeführt, wäre der Generalkongress.“ Und sagt dann weiter: „Deshalb halten wir es für unerlässlich, daß der Kongress in aller Form zum Ausdruck bringt, wie er sich eine Lenkerung der bestehenden Beschlüsse in bezug auf die Maifeier denkt. Nächstens auf unsere Gegner dürfen uns dabei nicht leiten.“ Der „Handschuhmacher“ spricht aus einer Verständigung mit der sozialdemokratischen Partei das Wort, betont aber: „Es muß eine Klarstellung darüber erfolgen, ob wir die allgemeine Arbeitsruhe erreichen können oder — ob wir auch mit der jetzigen teilweise ebenfalls unsern Ziele näher kommen. Wir verneinen beides. Gemeinsam mit den Arbeitern aller Länder können wir auch unsere Stimme erheben in großen Versammlungen, die wir am Abende des 1. Mai einberufen, die sich dann um so mehr eines Massenbesuches erfreuen, als keine Abwägung erfolgt durch die tagsüber veranstalteten Festlichkeiten usw.“ Der „Bauhilfsarbeiter“ verweist auf die Ausführungen seines Redakteurs auf dem Verbandstage über diese Frage. Wie von uns in Nr. 57 berichtet, ließen dieselben klar und deutlich auf eine Abänderung hinaus. Das Organ der Zimmerer brachte einen sehr umfangreichen Artikel lediglich über die Frage der Maifeier. Eine Taktik, die ganze Kraft der Gewerkschaftsbewegung auf einmal einzusetzen, vertrat sich nicht mit dem Ziele der Gewerkschaften. Im Gegenlage zu der Taktik mit der Arbeitsruhe am 1. Mai müssen die Gewerkschaften die Strategie verfolgen, nur schmale Angriffsflächen zu bieten. In völliger Verkenntnis dieser Sachlage habe der Münchener Kongress beschlossen, die Gewerkschaften aller Länder aufzufordern, die Arbeitsruhe am 1. Mai anzugehen. Das Zimmererorgan ist deshalb der Ansicht, der Kölner Kongress müsse erklären, „daß die Maifeier, in welcher Form sie auch begangen werden mag, für Deutschland kein gewerkschaftliches Aktionsmittel ist, daß aber die Arbeitsruhe am 1. Mai, soweit ihre Durchführung von den Gewerkschaften verlangt und auch bewirkt wird, die Gewerkschaften schwer schädigt und eine vernünftige und wirksame Gewerkschaftstaktik durchkreuzt. Der fünfte Gewerkschaftskongress müsse ferner die unzweideutige Erklärung abgeben, daß die Gewerkschaften Deutschlands für die Durchführung aller Arbeiterklassenforderungen prinzipiell eintreten, die

von internationalen Sozialistenkongressen und sozialdemokratischen Parteitagungen beschlossen werden; daß sich die deutschen Gewerkschaften allen Arbeiterorganisationen gegenüber, die auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, zur Solidarität verpflichtet fühlen, daß sie aber jeden Versuch von außen her zurückweisen, der bezweckt, die Taktik den deutschen Gewerkschaften vorzuschreiben. Hierüber zu bestimmen, muß den deutschen Gewerkschaften selbst, und zwar unter allen Umständen, überlassen bleiben. Durch eine solche unzweideutige Erklärung würde endlich Klarheit in das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie gebracht werden, und darauf kommt doch schließlich alles an.“ Der Redakteur des „Zimmerer“ gebietet für diese freimütige, direkt dem Kerne der Sache sich zuwendende Haltung vollste Anerkennung. Die „Allgemeine Gärtner-Zeitung“ sagt schließlich noch, in Deutschland bestände zurzeit die Möglichkeit einer einheitlichen Arbeitsruhe nicht. Wenn die Gewerkschaften deshalb die Demonstration in die Abendstunden verlegen wollten, so wolle sie einstweilen dagegen nichts einwenden, umsoweniger nicht, weil für die Gärtner auf absehbare Zeit nicht an die Arbeitsruhe am 1. Mai zu denken ist. Gegen die klare Sprache des Zimmererorgans zwar recht verschwommen, immerhin aber eine Abgabe an das, was jetzt ist.

Diese Stellungnahme der zitierten Gewerkschaftsblätter ist mithin ganz unbeeinträchtigt von den Berichten über die Beteiligung an der diesjährigen Maifeier. Denn was in der Beziehung die Parteiblätter mitzuteilen haben und nachdem, was auch der „Grundstein“ über den Ausfall der Maifeier in diesem Jahre sagt, wäre jetzt nach sechzehn Jahren der vollgültige Beweis für die Zweckmäßigkeit des Arbeiterweltfeiertages erbracht worden. Der die Sache kühl beurteilende bildet sich natürlich in der Stille ein etwas anders geartetes Urteil, und wenn er die Bestätigung dessen findet, so freut er sich dessen nicht hämisch, sondern ist nur mehr dem je überzeugter von der Richtigkeit seines Standpunktes. Für uns waren deshalb die Auslassungen des „Correspondenzblattes“ der Generalkommission, welche in dessen Nummer von 6. Mai zu lesen, sehr beachtlich; dieselben lauten im wesentlichen:

„Ein sehr großer Teil der agitatorischen und festlichen Veranstaltungen fand bereits am Sonntag, den 30. April, statt, namentlich in den kleineren Landstädten und Industriorten, wo sich noch der Demonstrations-eifer nach den herrschenden Verhältnissen richten muß, und man kann wohl sagen, daß diesmal die Zahl der Arbeiter, die vor dem 1. Mai ihre Arbeiter-schulforderungen geltend machten, die größere war. Auch die Versammlungen am Abend des 1. Mai waren viel zahlreicher besucht als die Vormittagsversammlungen und Tagesausflüge. Die großen Massen der Arbeiterkraft können, von den Großstädten abgesehen, eben die Arbeitsruhe leider nicht in dem Umfang durchsetzen, der den Tagesveranstaltungen ihren demonstrativen Wert verleiht. Wo im Vorjahre die sonntäglichen Versammlungen von Tausenden und Zehntausenden besucht waren, da kamen diesmal nur Hunderte und Tausende zu den Vormittagsappellen; die anderen entschädigten sich dafür durch Besuch der Versammlungen vor und nach der Arbeit.“

In der folgenden Nummer vom 13. Mai werden diese Ausführungen ziffermäßig belegt, wonach sich folgende Gegenüberstellung ergibt: An den Tagesdemonstrationen beteiligten sich diesmal in Berlin 47000 Personen (1904: 25000 — infolge der Versammlungsschwierigkeiten wegen des sonntäglichen Gottesdienstes —, 1903: 69000) in den Berliner Vororten 20000 (mehr als in den Vorjahren), in Hamburg 30000 (60000), Leipzig — durch Kartenausgabe festgesetzt — 5238 (18000), Dresden 12000 (20000), Breslau 1000 (2300), Kiel 6000 (8000), Halle a. S. 2000 (10000), Dortmund 2500 (18000), Köln 1200 (6000), Stuttgart, wo bis zum vorigen Jahre noch immer ein Feiertag stattfand: 600 (1904 (Sonntag): 4000, 1903 (Freitag): 10000), Hannover 2000 (30000), Lübeck 2500 (6 bis 7000), Weimar 250 (1200), Mainz 350 (2000), Erfurt 700 (2000), Spremberg 300 (2000), Finsterwalde 500 (1000), Grimnitzgau 300 (4500), Camstatt 1200 (2000), Randow-Greifenhagen 500 (2000). Daß nach der Aufzählung dieser Orte sich im allgemeinen ein günstigeres Bild ergeben könnte, wird erstlich wohl niemand glauben. Das „Correspondenzblatt“ bezieht sich mit seiner Zusammenstellung auf die diesmaligen und die früher von „Vorwärts“ gebrachten Ausweise, die Richtigkeit der Zahlen ist also nicht zu bezweifeln und damit auch die Tatsache nicht, daß die Beteiligung an der Maifeier im Jahre 1905 den „Gewerkschaftsrevisionisten“ mit ihren Reformplänen vollständig rechtgegeben hat.

Doch es soll nicht gelehnet werden, die Bestrebungen nach Vereinheitlichung der Maifeier — Verwässerung nennen es ihre unentwegten Anhänger — haben auch in Gewerkschaftskreisen Protest hervorgerufen. Da solche Stimmen erfahrungsgemäß sehr sorgfältig gesammelt werden, so ist mit der Wiebergabe von dreien aber auch das ganze Arsenal der Entrüstung erschöpft. Und wie steht es um diese Entladungen eines gerechten Proletariatsorgans? Da sind die Breslauer Buchbinder, welche kürzlich sich mit folgendem flammenden Proteste an die Öffentlichkeit wandten: „Die heutige Versammlung spricht ihre Entrüstung darüber aus, daß die „Buchbinder-Zeitung“ im Gegensatz zu allen Gewerk-

schaftsblättern Deutschlands es nicht für nötig fand, die Demonstration der Klassenbewußten Arbeiter für den Achtstundentag am 1. Mai durch einen Festartikel zu feiern. Dadurch, daß die Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ diese Unterlassungssünde beging, hat sie sich in trassen Gegensatz gestellt zu den Anschauungen der übergroßen Mehrheit der organisierten Arbeiter Deutschlands. Die Breslauer Buchbinder erklären, daß sie daran keinen Teil haben, und deshalb der Öffentlichkeit diesen Protest unterbreiten.“ Zu die Breslauer Buchbinder scheint der Teufel gefahren zu sein, ihr Organ hat nämlich ein recht stimmvolles Maifeiergedicht von Ernst Brezgang gebracht. Es ist aber auch anzunehmen, daß die Breslauer Schwäger die „Buchbinder-Zeitung“ gar nicht lesen, und daraus nun ein um so größeres Recht zur Kritik an ihrem Verbandsorgane herleiten, welche Marotte ja auch bei uns Anhänger hat. Das Allerhöchste ist aber, daß von diesen Leuten, welche keinen Teil an der Unterlassungssünde der „Buchbinder-Zeitung“ haben wollen, sich kein Mann an der Demonstration des Klassenbewußten Proletariats beteiligt hat! Dieses Faktum macht das Gebaren der Breslauer Buchbinder im höchsten Grade lächerlich; der „Vorwärts“ meinte denn auch, daß solcher Protest niemand imponieren könne. Die Berliner Holzarbeiter nahmen ohne Debatte einstimmig eine schlußfähige Resolution an. Danach erblickt die Versammlung in der Stellungnahme einiger Verbandsbeamten (gemeint ist in erster Linie Theodor Leipart, der zweite Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes) gegen die bisherige Form der Maifeier eine dem Klassenkampfe zuwiderlaufende „Kleinigkeitstrümmerei.“ Die Opfer, welche die Arbeitsruhe am 1. Mai erheischt, für andere nützlichere Zwecke zu verwenden, verwarf die Versammlung im Hinblick auf die Tatsache, daß die Feier durch Arbeitsruhe ein erhebendes Beispiel für alle Arbeiter bedeute, die sich noch nicht zur sozialistischen Weltanschauung durchgerungen haben. Dem einseitigen Standpunkte, den Gewerkschaften erwachsen durch die Maifeier zu hohe Opfer, die in keinem Verhältnisse zu den Erfolgen ständen, trat die Versammlung mit der Anschauung entgegen, daß der Kampf um die Durchföhrung der Maifeier nicht nur ein Protest gegen alle verbrecherischen Handlungen unserer herrschenden Klassen, sondern auch ein Kampf um die Anerkennung der Organisation und der daraus resultierenden Freiheit und Menschenrechte bedeute. In welchem Maßstabe sich die Berliner Holzarbeiter an der Maifeier beteiligten, wissen wir nicht, können deshalb auch diesen Protest gegen die „Kleinigkeitstrümmerei“ nicht auf die Goldwaage legen. Auch die Metallarbeiter in Berlin protestieren gegen jede Abwägung der Maifeier; die Arbeiter müßten aus Idealismus feiern und nicht auf Unterstützung rechnen. Ihre Delegierten sollen in diesem Sinne in Köln votieren.

Es bliebe nun noch ein gewichtiges Wörtchen zu sagen über einen Vorgang in Leipzig bei der diesjährigen Maifeier. Das für das Arrangement derselben eingesetzte Komitee hat sich nämlich erlaubt, in aller Form eine Kontrolle über die Beteiligung der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Leipzigs an der Maifeier auszuüben. Das geschah durch Ausgabe einer Zählkarte am Eingange zu den Sälen für die diesmal nur am Vormittage abgehaltenen fünf Versammlungen, die, wohlgenutzt, keine Branchen-, sondern Allgemeine Versammlungen waren. Diese Karte hatte folgenden Aufdruck: „Maifeier Leipzig 1905. (Teilnehmer an den Vormittagsversammlungen des 1. Mai.) Name und Vorname? Mitglied welcher Gewerkschaft? Das Komitee.“ Diese Kontrollkarte mußte beim Verlassen des Saales ausgefüllt zurückgegeben werden, dann wanderte sie zur Prüfung an die Vorstände der einzelnen Gewerkschaften und schließlich zur Feststellung des Gesamtergebnisses wieder zurück an das Komitee. Wer diese ad hoc gewählte Körperschaft zu dieser Kontrolle autorisiert hat, können wir nicht bestimmen sagen, da wir ja nicht in jener Parteiversammlung waren, welche über das Programm zur Maifeier beschloß. Aufschienend handelt es sich aber um eine Eigenmächtigkeit, die jedoch mit oder ohne Sanktion einer Parteiversammlung gleich verurteilenswert bleibt. Gegen eine solche Kontrollierung der Gewerkschaftler ist der schärfste Protest am Platze, und es ist in hohem Grade bedauerlich, daß 50 Leipziger Gewerkschaftsvorstände sich diesen Ausmaßen des Komitees ohne Widerspruch gebeugt haben. Mit dieser Methode ist schon die Drohung zu einem gewissen Teile in die Praxis umgesetzt worden, welche der in Leipzig erscheinende „Tabarbeiter“ in Aussicht stellte, nämlich über die Köpfe der Gewerkschaftsleiter hinweg an die Mitglieder zu appellieren zwecks Ruhenlassens der Arbeit. Und so etwas nimmt man in Leipzig ruhig hin; keinem Menschen fällt es ein zu fragen: warum sollen denn gerade die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter über die Regierung ihres Klassenbewußtseins am 1. Mai kontrolliert werden, warum denn nicht die Parteigenossen des 12. und 13. sächsischen Wahlkreises? Wenn also, was hieraus wiederum hervorgeht, eine Feiertagsfeier des Proletariates ohne den Aufmarsch der Gewerkschaften nur mit der Aufstellung isolierter Generalkomitees vergleichbar ist, so ist es um so richtiger, was das Zimmererorgan geschrieben hat, daß nämlich die Gewerkschaften selbst darüber befinden müssen, ob und wie sie ihre Haut zu Marke tragen wollen. Der Kölner Kongress mag sich der Leipziger Fall ad notam nehmen, es gilt das Recht der Selbstständigkeit der Gewerkschaften zu wahren! Von den 5238 zurückgegebenen Karten entfallen 123 auf nur po-

litisch Organisierte und 110 auf Frauen, im übrigen sagt das Komitee: „Durch die vom Komitee ausgehenden Kontrollkarten habe sich ein sicheres Resultat ergeben.“ Was wir auch glauben, denn wir möchten den kennen lernen, der bei solcher Gelegenheit sein Licht unter den Scheffel stellt. Wenn trotz dieser Versicherung das Komitee in derselben Zuschrift an die „Leipziger Volkszeitung“ konstatiert, daß mindestens 18000 Personen sich an der diesjährigen Meißner in Leipzig beteiligten, so schweigt da unser beschränkter Untertanenverstand einfach. Ueber die Beteiligung der einzelnen Branchen wollen wir uns nicht näher auslassen. (An feiernden Buchdruckern und Hilfsarbeitern wurden 183 gegläßt. Da in der ersten Maiwoche in Leipzig 130 Mitglieder konditionlos waren, das etwa 60 Köpfe starke Personal der „Leipziger Volkszeitung“, das Vereinsbureau und vielleicht auch zu einem Teile die durchreisenden Kollegen in der Ziffer 5238 vertreten sind, so ergibt sich, daß die Beteiligung seitens der 3581 organisierten Buchdrucker in Leipzig eine ganz minimale war.) Das Leipziger Komitee erwartet schließlich, der Kölner Gewerkschaftskongreß werde die Zentralvorstände auf das schärfste verurteilen, welche an die Zahlstellen Anweisungen ergeben ließen, daß Unterstützungen für Meißnergemäßegelte nicht gezahlt werden dürfen. Wir aber erwarten, daß man in Köln, wo auf dem 1893er Parteitag nach Ansicht des Maurers Paul aus Hannover die Guisloime für die Gewerkschaften errichtet gewesen sein sollte, wo sie aber zwölf Jahre später in der Stärke von 1 1/2 Millionen vertreten sind, ganz andere Töne angeschlagen werden, die auch in Leipzig und anderswo nicht mißverstehen werden können.

Wie alle Arbeiter, so blicken auch wir Buchdrucker voller Spannung nach Köln, von wo wir erwarten, daß das geschaffen wird, was durch die im Brennpunkte stehende Fragen des Generalstreiks und der Meißner eine zwingende Notwendigkeit ist, nämlich: klar Feld! (Fortf. folgt.)

Korrespondenzen.

B. Barmen. Unsere zweite Ordentliche Bezirksversammlung wurde am 14. Mai in Remscheid abgehalten und erfreute sich eines zahlreichen Besuchs. Laut Präsenzliste waren anwesend von Barmen 55 (Mitgliederstand 138), Remscheid 40 (59), Schwelm 8, Wermelskirchen 3, Burg a. d. Wupper 3 Mitglieder. Die Orte Lennep und Lüttringhausen waren nicht vertreten. Der vom Kassierer Pichardt erstattete Klassenbericht gab zu Einwendungen keinen Anlaß und erfolgte die Entlastung des Kassierers. Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete die Berichterstattung über den Gantag in Essen, den Kollege Schweigener in ausführlicher Weise erstattete. In die Diskussion eintretend, erregte besonders die rapide Gehaltssteigerung des Geschäftsführers der Gaudrucker den Unwillen der Versammlung. Auch die Anschaffung einer Sechsmaschine in genannter Druckeri wurde von den meisten Rednern als verwerflich betrachtet; müßte der „Beobachter“ vergrößert werden, so solle man Leute einstellen. Man sei auch mit einem kleinen Ueberflusse der Druckeri zufrieden. Von dem Referenten und Vorsitzenden wurde der Bericht des Ortsvereins Remscheid im „Corr.“ Nr. 55 über die „große Heintlichkeit“ in der Gaudruckeri als nicht in den „Corr.“ gehörig bezeichnet. Wer schon früher die Druckeri besichtigt habe, müsse unbedingt zugeben, daß sich die sanitären Einrichtungen daselbst bedeutend gebessert hätten. Unter dem Punkte „Bericht der Vertrauensleute über die Verhältnisse in den einzelnen Ortsorten des Bezirkes“ konnte der Vorsitzende von Barmen mitteilen, daß im verfloffenen Quartale drei weitere Firmen den Tarif schriftlich anerkannt hätten. Auch habe der Vorstand ein Zirkular ausgearbeitet und an sämtliche Gewerkschafts- und sonstige Vereine gesandt zwecks Anfertigung ihrer Druckfächer in nur tarifstreuen Druckerien, wofür letztere am Schlusse des Zirkulars angegeben waren. Ferner teilte er mit, daß in der „Barmen Zeitung“ die vierde Sechsmaschine ihren Einzug gehalten habe. In Remscheid sind die Verhältnisse in der Dr. Ziegler'schen Druckeri (General-Anzeiger) nunmehr geregelt zu nennen. In Schwelm ist auch das christliche Gewerkschaftskartell zu einer gesunden Ansicht gelangt, indem es bei dem Vorsitzenden des Ortsvereins ein Verzeichnis der tarifstreuen Druckerien forderte, um von jetzt an ihre Druckfächer in nur solchen Druckerien anfertigen zu lassen. (Bisher wurden die Druckfächer in der zur Anerkennung des Tarifes nicht zu bewegendem Firma Weister daselbst hergestellt.) Von Wermelskirchen war weniger erfreuliches zu berichten, da in einer dortigen tarifstreuen Druckeri bei einem Gehilfen drei Lehrlinge beschäftigt werden sollen. Den Mitgliedern in Wermelskirchen wurde aufgegeben, sich nochmals zu orientieren, ob die Ausgaben auf Wahrheit beruhen, damit geeignete Schritte unternommen werden könnten. — Zu Anbetracht, daß in diesem Jahre drei Mitglieder des Ortsvereins Schwelm, die Kollegen Theilen, Röster und Krupp, auf eine 25 jährige ununterbrochene Zugehörigkeit zum Verbands zurückblicken können, gelangte ein Antrag des Ortsvereins Schwelm auf Abhaltung eines Bezirksjohannisfestes daselbst zur einstimmigen Annahme und wurde beschlossen, daselbe Ende Juli oder Anfang August abzuhalten; die Kollegen Klinkau-Barmen, König-Remscheid und der Vorstand des Schwelmer Ortsvereins sollen die Arrangierung des Festes in die Wege leiten. Als Ort für die nächste Bezirksversammlung wurde Burg a. d. Wupper gewählt. Unter Verschiedenem wurde noch das Verhalten derjenigen Kollegen kritisiert, die sich schon

vor Schluß der Versammlung drücken und sollen von jetzt an die Fahrgelder nur noch nach Schluß der Versammlung ausbezahlt werden.

— **Berlin.** Aus dem am 13. Mai im „Corr.“ veröffentlichten Berliner Versammlungsberichte ist zu ersehen, daß der „größte Gau“ seine Kandidaten zur Generalversammlung aufgestellt hat. Nun sind die starken Männer da, die den übrigen deutschen Böhren Morris lehren werden! Da ist Herr Pils, ein Männchen (geringere Dualität Drenes), das durch ein zielbewußt radikales Auftreten den jetzigen Berliner Versammlungsbesuchern wie dem Herrn Vorsitzenden imponiert hat, folglich: reiß für die Generalversammlung! Nummer Zwei: ein Herr Weber, der durch seine Doktor Eisenbartmittel den Verband vor völliger kapitalistischer Verumpfung retten will. Da sind: Martini, Albrecht, Olberg usw. — Mannen, die den „größten Gau“ repräsentieren werden, von deren Existenz aber nur der hundertste Kollege in Berlin eine Ahnung hat. Einige davon sollen dem Gauvorstande angehören, d. h. in den Versammlungen haben sie ihr Recht (trotzdem ich ständiger Versammlungsbesucher seit elf Jahren bin), noch niemals leuchten lassen. Oder doch? Einige davon wieder waren berufen, 1896 bis 1897 fetigen Angeberens als Erkorene der zielbewußten Opposition auf einer antiharmoniedienlichen Berliner Vorstandskandidatenliste zu glänzen. Der Weizen blüht wieder! „Starke Männer müssen wir nach Dresden schicken usw. usw.“ Daß in der Gemeinschaft keine Zentralvorstandsmitglieder, ob sie noch so viele Jahre im Dienste der Organisation gestanden haben, oder ein sonstiger Funktionär bei der Aufstellung gebildet wurde, ist klar. Ja, sogar ein langjähriges Gauvorstandsmitglied erhielt nicht mal die sogenannte Achtungstimmenzahl von 30, mit der ausgerüstet er dem Gerichte der hohen Versammlung unterworfen werden konnte (daß derselbe insofern seinen Amt niedergelegt hat, wie ich weiß, ist sehr vernünftig). Aber wie konnte er sich auch nur zu verschiedenen Malen hinstellen, und diese oder jene Maßnahmen des Zentralvorstandes verteidigen! Ferner ist der langjährige Vorsitzende der Berliner Ortskrankenkasse, ein alter, verbierter Kollege, zu nennen, der erbarungslos abgesetzt wurde: „Der ist Zentralvorstandsmitglied“ — weg damit! Und ich glaube, wenn der Fraktionsführer Monist in dieser Versammlung nicht einen Erlaß kund getan hätte, daß der Gehilfenvertreter auf der Generalversammlung vertreten sein müßte — wer weiß! Es ist gut, wenn die übrigen Kollegenschaft auch von solchen Dingen Kenntnis erhält, damit sie sich ein richtiges Bild über die heftigen Vorgänge bilden kann. Den alten Mitgliedern von Berlin möchte ich aber zurufen, daß sie ein gut Teil Schuld an dieser blamablen Situation der Berliner Gehilfenchaft tragen. Wären sie auf dem Posten gewesen und hätten sie die Berliner „Majestäät“ gezwungen, an einem Sonntag vormittag eine Allgemeine Versammlung zur Aussprache über die ganze Lage sowie zur Aufstellung der Kandidaten einzuberufen, so wären die Dinge wohl anders gekommen. Nun, das ist nicht geschehen, in Gottes Namen weiter denn!

H. Königstein a. E. Am 7. Mai versammelten sich hier die Kollegen der Orte Schandau, Sebnitz, Stolpen, Königstein und Meußtadt, um über die allgemeine Lage im Gewerbe zu beraten sowie zu den Anträgen zur Generalversammlung Stellung zu nehmen. Zu diesem Zwecke hatte man den Kollegen Steinbrück aus Dresden eingeladen, welcher über die oben erwähnten Punkte referierte. In seinen etwa einstündigen Ausführungen schilderte Redner in anschaulicher Weise das Leben und Treiben innerhalb unseres Gewerbes, speziell unseres Verbandes, um dann die wichtigsten Fragen zur Generalversammlung zu berühren. Nach der sehr beifällig aufgenommenen Rede entspann sich eine lebhafteste Debatte. Man beehrte die Sonderbestrebungen der Berliner und Leipziger Kollegen als verfehlt, da sie sich im Widerspruch mit den Interessen der Provinz befinden, und nur geeignet wären, Zwiespalt in die Reihen der Mitglieder zu tragen, hielt die Vorwürfe gegen Zentralvorstand und Redaktion in den Berliner und Leipziger Versammlungen für unbegründet, und sprach sich für Beibehaltung des alten Kurzes im Verbands sowie gegen die Verlegung des „Corr.“ aus. Schließlich gelangte folgende Resolution zur Annahme: „Die Versammlung erblickt in den Bestrebungen der Berliner und Leipziger Kollegen eine Schädigung der Interessen des Verbandes und wünscht, daß die deutsche Gehilfenchaft die allgemeine Tarifgemeinschaft aufrecht erhalte.“

München. (Ortsvereinsversammlung vom 13. Mai.) Unter zehn Aufnahmeforschenden fanden sich auch dieses Mal wieder zwei Kollegen, die jahrelang dem Gutenberghunde angehört und nunmehr den Weg zum Verbands geunden haben. Diesen beiden Kollegen wurden ebenfalls die bis her gewährten Vergünstigungen zugestanden. Nach Erledigung der Aufnahmen gab der Vorsitzende das inzwischen in Nr. 58 des „Corr.“ veröffentlichte Resultat bekannt, das bei der Generalversammlungsbelegiertenwahl in München erzielt wurde. Diese Wahl lieferte wieder den Beweis, daß München die von den kleineren Mitgliedern aufgestellten Vertreter kräftig unterstützte, um der Provinz die ihr gebührende Vertretung zur Generalversammlung zu sichern. Bei der nun folgenden Aufstellung von Kandidaten zur Ergänzungswahl des Gauvorstandes wurden von seiten der Versammlung keine Gegenkandidaten gegen die bisher amtierenden Kollegen nominiert. Es konnte somit, um die Kosten der Urwahl zu ersparen, einem Vorschlage aus der Mitte der Versammlung entsprechend, die Wahl per Affikation vorgenommen werden.

Die Kollegen Schlegl, 2. Vorsitzender, Friedrichs, Schriftführer, Ernst, Zimmermann und Strauß fanden einstimmige Wiederwahl. Durch den gleichen Wahlmodus wurden auch die Kollegen Bayerlein, Pöhl und Goggeißel als Erfahrmänner für den Gausauschuß wieder berufen. — Hierauf folgte die Berichterstattung über die Generalversammlung der zentralisierten Ortskrankenkasse. Kollege Schäßler leitete die Diskussion mit einem kürzeren Referate ein, in der er die wichtigsten Debatten und gefassten Beschlüsse zur allgemeinen Kenntnis brachte. Die Debatte über diese Angelegenheit nahm aber leider so viel Zeit in Anspruch, daß für den wichtigsten Punkt der Tagesordnung: Stellungnahme zu den Generalversammlungsanträgen, nur mehr die späten Nachstunden zur Verfügung blieben. Einem Vorschlage des Vorsitzenden entsprechend wurde Punkt für Punkt der Generalversammlungsanträge zur Beratung gestellt. Punkt 1 bis 3 fanden Erledigung, während das gesamte übrige Material auf die nächste Versammlung verschoben wurde.

Grundschau.

Die Tarifverhandlungen in Oesterreich sind gescheitert — das ist in wenige Worte gekleidet der Inhalt eines vom 20. Mai datierten Extrablattes unsers österreichischen Bruderorgans. Die Gehilfenvertreter sahen sich zum Abbruche der Verhandlungen gezwungen, weil die Prinzipale für die Beschäftigung an den Sechsmaschinen Bestimmungen durchdrücken wollten, die von den Erwählten der Gehilfenchaft pure abzulehnen waren. Prinzipalsseitig war zu der Tarifberatung ein Antrag eingebracht, daß zur Herstellung der Manuskriptstreifen für die Sechsmaschinen Monotypie „und ähnliche Systeme“ keine Seher verwendet werden dürfen; an die Gießmaschinen sollten Mechaniker gestellt werden. Die Prinzipale wollten also nicht einmal Lehrlinge zu lassen; billige und willige Schreibmaschinenmädchen und was sonst noch sich mit einem Paar Kronen abspießen läßt, sollten an den Monotypes beschäftigt werden. Da in den ungarischen Tarif vor kurzem erst die Bestimmung eingefügt wurde, daß bei Einführung von neuen Systemen von Sechsmaschinen nur gelernte Buchdrucker beschäftigt werden dürfen, weil ferner auch in Deutschland eine Vereinbarung besteht, wonach an der Monotype nur Seher bzw. Gießer (am Gießapparate) tätig sein dürfen, so stellten die Gehilfenvertreter den Gegenantrag, bei Einführung von neuen Systemen auch nur die Verwendung von gelernten Buchdruckern respektive Gießern zu gestatten. Bei dem neuerlichen Zusammenritte des Tarifkomitees in den Tagen vom 16. und 17. Mai machten nun die Prinzipale die Proposition: es können entweder gelernte Buchdrucker oder auch Nichtbuchdrucker beschäftigt werden. Daß dieses „Entgegenkommen“ bei den Gehilfenvertretern ebenfalls kein Verständnis fand, ist klar. Darauf unterbreiteten die Prinzipale einen nochmals abgeänderten Antrag, welcher auspricht, daß unter Zuziehung von Vertretern der beiderseitigen Organisationen bei Einführung neuer Systeme festgelegt werden solle, welche Personen zur Bedienung dieser Maschinen herangezogen werden können, gleichzeitig sei aber eine Frist zur Sammlung von Erfahrungen festzusetzen, nach deren Ablauf etwaige tarifliche Bestimmungen auszuarbeiten seien, unter welchen an diesen Maschinen gearbeitet werden solle. Gehilfenseitig wurde demgegenüber beantragt: „Bei Einführung neuer Systeme, an welchen ebenfalls nur gelernte Buchdrucker respektive Schriftgießer verwendet werden dürfen, hat das Tarifamt unter Zuziehung der Präsidien beider Reichsvereine die Pflicht, sofort eine Frist zur Sammlung von Erfahrungen festzusetzen, nach deren Ablauf die tariflichen Bestimmungen, unter welchen an diesen Maschinen gearbeitet werden soll, festgelegt werden.“ Da hierauf die Prinzipale nicht eingingen — sie wollten eben partout die Zulassung von Nichtbuchdruckern durchdrücken, unter welchen Umständen es auch sei —, so scheiterten die Verhandlungen. Die Gehilfenvertreter erklärten noch, sie wären zu weiteren Beratungen nur unter der Bedingung bereit, daß die Prinzipale ihren Standpunkt betreffs der Beschäftigung von Nichtbuchdruckern vollständig preisgeben. Wie wir in Nr. 48 mitteilen konnten, wurden auch schon die Beratungen über die Spezialbestimmungen für Schriftgießer abgebrochen, weil die Prinzipale hier gar eine Reduktion von 20 Prozent proponierten. Die österreichische Prinzipalität scheint also recht konfliktlustig zu sein, denn sonst wäre ihr Auftreten wohl nicht so sehr provozierend. Der „Wiener Vorwärts“ bemerkt noch, daß nur eine ge-

Fortsetzung in der Beilage.

Correspondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer.

Beilage zu Nr. 59. — Dienstag den 23. Mai 1905.

Fortsetzung aus dem Hauptblatte.

ringe Zahl von Großbuchdruckern und Aktiengesellschaften an den prinzipalseitig vorge schlagenen Bestimmungen für die Beschäftigung an Setzmaschinen interessiert ist, die mittleren und kleinen Buchdrucker wären also ebenso, oder wenigstens fast ebenso, die Gerupften als die Gehilfen. Das österreichische Verbandsorgan erklärt deshalb: „Wenn nicht die Vernunft der überberateten kleinen und mittleren Buchdruckereibesitzer über den verbrecherischen Wahnsinn der profigen Großbuchdrucker, die, auf ihren Geldsack gestützt, einen Konflikt von unberechenbaren Konsequenzen heraufbeschwören, den Sieg davon trägt, dann kommt es zu einem furchtbaren Kampfe.“ Die deutschen Kollegen werden angesichts dieser Sachlage in Österreich wissen, was jetzt jedermanns Pflicht ist; unsrer Sympathien darf die Kollegenschaft jenseits der schwarz-gelben Grenzspähle auf alle Fälle versichert sein. Die dortigen Vorgänge aber lehren wieder die Wichtigkeit des vom deutschen Verbands auch in der Frage der Beschäftigung an den Setzmaschinen besorgten Grundsatzes: Principis obsta — widerstehe dem Anfange!

Mit dem Tarifgemeinschaftserlasse des bayerischen Ministeriums beschäftigte sich auch die niederbayerische Handwerkskammer. Das Vorgehen der Regierung wurde als erfreulich bezeichnet, die größeren Druckaufträge, namentlich aber der Formulardruck sollten jedoch dezentralisiert werden. Wie wir in Nr. 55 mitteilten, nennt aber die Münchener Wochenschrift „Handel und Industrie“ Sturm gegen diesen Erlass und will damit die Öffentlichkeit in den Glauben versetzen, als liege das im Interesse der Kleinunternehmer. Und nun kommen die Kleinmeister selbst und drücken ihre Freude über diesen Schritt der bayerischen Regierung aus! Das nennt man einen Reijnsfall!

Auch in diesem Jahre gibt die Ostermeß- und Jahresausstellung des Deutschen Buchgewerbevereins in Leipzig eine gute Uebersicht der im letzten Buchhändlerjahr neu erschienenen Bücher, Karten, Musikalien und Kunstblätter. Mehr denn 6000 Bände sind auf den Tischen ausgelegt, während die Karten und Kunstblätter die Wandflächen schmücken. Die Anordnung der Bücher erfolgte wieder nach Gruppen, so daß jedermann leicht das von ihm Gewünschte finden wird. Auch in der ständigen buchgewerblichen Maschinenausstellung sind einige Ergänzungen zu verzeichnen. Die einzelnen Setzmaschinen und der Bogenanlegeapparat „Univerjal“ der Firma Klein & Ungerer in Leipzig dürfte bei den Besuchern, insbesondere aber den Buchdruckern, lebhaftes Interesse finden. Die Linotype, die Kanston-Monotype und die neueste Bauart des Elektrotypograph sind in Betrieb zu sehen; der Typograph ist ebenfalls ausgestellt, aber nicht in Betrieb. Das Buchgewerbe museum hat eine Ausstellung von graphischen Kunstblättern (Holzschnitten, Radierungen, Lithographien usw.) von modernen Druckmaschinen eröffnet. Ergeht die Ausstellung auch nicht den Anspruch, ein umfassendes Bild von dem jetzigen Stande der graphischen Künste zu geben, so ist sie doch geeignet, einen guten Begriff von dem jetzigen Auffschwunge zu geben, den die Graphik in den letzten Jahren genommen hat. In der sehr interessanten Ausstellung sind 20 Künstler mit über 200 Arbeiten vertreten. Weiter sind noch die trefflichen Reproduktionen des Werkes Breviarium Grimaldi ausgelegt, die ein Meisterwerk der deutschen Reproduktionstechnik sind.

Aus dem „offiziellen Organe“ für Narren und Schelme: „Gerade der Verband verdankt dem Gutenbergbund seine Macht und Größe; denn wäre der Gutenbergbund nicht ins Leben getreten, so wäre die Tarifgemeinschaft, eine Errungenschaft, um die die deutschen Buchdrucker vielfach beneidet werden, nicht, und der Verband könnte auch nicht mit einer so großen Mitgliederzahl prahlen.“

Kein Einigungsamt zur Schlichtung von Differenzen soll es zwischen den Maschinenfabriken in Münden und deren Arbeitern geben. So wollen es die Fabrikanten, während von den Arbeitern der Antrag auf friedliche Schlichtung ausging. Trotzdem sind aber die Arbeiter die Friedensstörer, die Unruhestifter, die blinden Anhänger der Gewalt Herrschaft. Lyntkus in der „Arbeiterzeitung“ (siehe Nr. 57 des „Corr.“ die Notiz „Rechtserkundung über die Scharfmaschinisten“) wird jetzt sogar noch mehr Unstigkeiten über die bösen Arbeiter kühnen.

Die obligatorischen Arbeiterausschüsse abermals abgelehnt (169 gegen 145 Stimmen) hat der preussische Landtag bei der zweiten Beratung des Gesetzentwurfes über die Vergarbeiterverhältnisse, auch die öffentliche Stimmenabgabe wurde für die Ausschusswahlen mit 175 gegen 151 Stimmen beschloffen. Der national-liberale Abgeordnete Schmieding erklärte, als er für die

Deffentlichkeit der Wahl sprach, Nicht sei das beste Heilmittel gegen allen Schmutz. Trefflich wurde dieses Bestreben durch die vorhergehenden Ausführungen des Konservativen von Gehdebrand beleuchtet, welcher den National-liberalen vorwarf, sie wollten sich nicht in der Deffentlichkeit zu dem bekennen, was sie hinter verschlossenen Türen getan haben! Die Minister Möller und Schönstedt machten wieder die bekannten schwachen Abwehrversuche gegen die sich wie toll gebenden Reaktionäre. Da die ständigen Arbeiterausschüsse sowohl in der Kommissions- wie in der Regierungsfassung abgelehnt wurden, so wäre die Niederlage der Regierung nun besiegelt; sie müßte die Vorlage jetzt zurückziehen und der Reichsregierung die Initiative überlassen, durch den Reichstag den stotreaktionären preussischen Landtag bis auf die Knochen beschämen zu lassen.

Ein Gesetzentwurf betreffend die Regelung des Vertragsverhältnisses zwischen den Bergwerksbesitzern und den Bergleuten sowie einen solchen über damit im Zusammenhange stehende Nebenregelungen der Gewerbeordnung hat die sozialdemokratische Fraktion im Reichstage eingebracht. Im Artikel 1 werden die Bergleute der sonderrechtlichen, für sie schlechteren Stellung entkleidet, und gesagt, daß auch für sie nur die reichsgesetzlichen Vorschriften Anwendung finden sollen. Im übrigen entspricht der Entwurf, welcher im ganzen sieben Artikel enthält, den auf dem preussischen Vergarbeiterkongress aufgestellten Forderungen. Diese Wünsche sind von den Vergarbeitern aller Richtungen akzeptiert. Daß die sozialdemokratische Fraktion angesichts der Vorgänge im preussischen Abgeordnetenhaus zu einer entsprechenden Formulierung die Initiative ergriffen und für schnelle Einbringung an den Reichstag Sorge getragen hat, ist recht verdienstlich. Die übrigen Parteien und die Regierung können ja nun durch die Tat beweisen, ob ihre Sympathie für die Vergarbeiter echt war, oder ob die schmählichen Provokationen der Landtagsmehrheit an ihnen ablaufen wie an einer fetten Ente das Wasser.

Ungehöriger Versicherung bei den Ortskrankenkassen ist zulässig, entschied das preussische Obergericht in einem von der Magdeburger Allgemeinen Ortskrankenkasse angestrenzten Prozesse gegen den Bezirksausschuß dasselbst. Diese Behörde hatte einem Statutnachtrage jener Kasse die Genehmigung verweigert, der die Zulassung der Familienangehörigen der Mitglieder im Alter von 14 bis 45 Jahren als berechtigte Klassenmitglieder ausgesprochen. Der Bezirksausschuß erklärte, nach § 26a des Krankenversicherungsgesetzes könne nur die Aufnahme von Personen erfolgen, welche eine Erwerbstätigkeit ausüben; Familienangehörige der Klassenmitglieder, die keinen Lohnverdienst nachweisen können, wären somit nicht aufnahmefähig. Das Obergerichtsurteil bezeichnete diese Auffassung des Bezirksausschusses als rechtsirrig und führte aus, daß eine Ortskrankenkasse sehr wohl auf Grund des § 26a des Gesetzes das Recht habe, durch Statut die Familienangehörigen der Mitglieder im Alter von 14 bis 45 Jahren zur Mitgliedschaft zuzulassen. Eine Beschränkung auf solche, die Lohnverdienst ausüben, sei nicht gemeint, wenn es in § 26a weiter heiße: sofern das Gesamteinkommen 2000 Mk. nicht überschreite. Damit habe nur gesagt werden sollen, die allgemeine Beschränkung, die auch für die Zwangsversicherten bestehe, solle hier ebenfalls gelten; nicht aber habe damit ein Lohnverhältnis vorausgesetzt werden sollen.

In Elberfeld streifen die Schuhmacher um höhern Lohn. — Wegen der über verschiedene Bauten verhängten Sperre hat der Arbeiterbund in Dortmund die Aussperrung sämtlicher organisierter Zimmerer, Maurer und Bauhilfsarbeiter beschloffen. — Im rheinisch-westfälischen Brauereigewerbe sind jetzt im ganzen 1014 Brauer ausgesperrt; die christlichen Organisationen verhalten sich indifferent, während sich die Kirch- und Gewerkschaften solidarisch erklären. — Die Bauhilfsarbeiter in Hamburg sind in den Ausstand getreten, weil die Unternehmer die Arbeiter mit ihren Forderungen hinauszuweisen wollten. — Die Aussperrung der Schneider ist erfolgt in Augsburg, Erfurt, Gotha, Karlsruhe, Kempten, München und Wiesbaden. In Mainz haben die größten Firmen erklärt, sie hätten mit dem Aussperrungsbeschlusse nichts gemein, die Zahl der Ausständigen hat sich infolgedessen um 100 verringert. Für den Aussperrungsbeschlusse haben 41 Orte mit 10000, gegen denselben stimmten die Arbeitgeber von 25 Orten mit 4000 Arbeitern, drei enthielten sich der Abstimmung. — Die Maurer sind in Dsnabrück unterlegen, der Zulauf der Arbeitswilligen war zu groß. — Die Zimmerer in Manzeleben beenden ihren Ausstand; der Tarif wurde anerkannt, nachdem die Arbeiter die Höhe des Stundenlohnes reduziert hatten. — Der Streik der Tippler und Stuktureure in Ludwigshafen-Mannheim ging zugunsten der Arbeiter aus. — Die Aussperrung der Hamburger Holzarbeiter ist aufgehoben, es kam ein Tarifvertrag zu stande, die Scharfmacher sind also unterlegen.

In Lyon verweigerten 500 Schutzleute den Dienst, weil ihnen ein Oberleutnant der Gendarmerie als Vorgesetzter nicht genehm ist; sie wollten unabhängig von der Armee sein. Zum Teile sind die Hüter der heiligen Hermandad in Lyon inzwischen ausständig geworden, weil mehrere ihrer Kameraden wegen Verletzung der Disziplin ihres Amtes entsetzt wurden. — Die Zimmerer in Silberjurm (Holland) sind unterlegen.

Briefkasten.

Nach Münster: Die „Corr.“-Redaktion ist doch nicht da, um den dortigen Schriftführer zu erweisen! Den ersten Zeitungsauschnitt haben wir aus ganz bestimmten Gründen verarbeitet, über die Versammlung in Sachen des „Westfälischen Merkur“ würden wir aber nur einen dort verfaßten Bericht bringen. — Dsn. Otto und Anonymus in Berlin: Wenn Sie gegen den „Vorwärts“ etwas auf dem Herzen haben, so bringen Sie das nur selbst vor die richtige Schmiede. Wir lassen uns nicht als Puffer gebrauchen. Gegen solche und ähnliche Zuschriften sind wir überhaupt sehr vorsichtig, sind es geworden durch nicht gerade angenehme Erfahrungen. — B. B. in Seligenstadt: Dort gibt es kein analoges Blatt, wohl aber wird der „Klitsch“ in gleicher Weise wie in Deutschland verandt. — M. K. in Dresden: Dieser kleine Fehler, welcher obendrein keinen Leser irren könnte, bedarf doch keiner „Berichtigung“. — L. in Dresden: Leider traf Ihre Karte zu spät ein. — Verein der Schriftgießer in Breslau: 3,55 M. — W. E. in Nürnberg: Alter Gesplogeneit entsprechend müssen „Offene Briefe“ immer mit dem vollen Namen gedeckt werden, weshalb Sie sich wohl auch mit dieser Tatsache abfinden werden. — K. Fr. S. in Schweinfurt: Rechtsanwält Dr. M. Druder, Ritterstraße 1/3, 1. — M. in Stettin: Berichtig! Kann hier doch nur werden, was im „Corr.“ auch gestanden hat.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5, III.

Frankfurt-Hessen. Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes. Abgegeben 1500 Stimmzettel, absolute Mehrheit 751. Es erhielten 140 Stimmen: F. Kintel 47, Jul. Kraus 93, Paul Koppe 110, Müller 149, Schombert 158, Wehrhans 168, Forten 379, Dornis 404, Neus 444, Bornsteffel 450, Gutfardt 484, Engelbach-Kassell 495, Dorjchu 548, Holland-Gießen 896 und Karl Dominé 1033. Gewählt sind Holland und Dominé. Stichwahl hat stattzufinden zwischen den Kollegen Dorjchu, Engelbach-Kassell, Gutfardt und Bornsteffel.

— Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse i. L. Abgegeben wurden 205 Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Karl Dominé 152, H. Holland 47; zerplittert 6. Gewählt somit Karl Dominé.

Sau Hannover. Resultat der Wahl der Delegierten zur Generalversammlung. Abgegeben 1506 Stimmzettel, davon ungültig 9, absolute Mehrheit 749. Von den sieben aufgestellten Kandidaten erhielten: Klapproth-Hannover 1257, Hausmann-Hilbesheim 1031, Schwettje-Braunschweig 1011, Fritzsche-Hannover 972, Bornemann-Göttingen 689, Höpfe-Hannover 568, Sasse-Rineburg 461 Stimmen. Die vier ersten sind somit gewählt. Stellvertreter Bornemann.

— Zentralinvalidenkasse i. Lique. Klapproth und Hausmann.

Mecklenburg-Lübeck. Ergebnis der Gauvorstandswahl. Abgegeben 338 gültige Stimmzettel. Hier von erhielten: als Vorsteher H. Schlotter 330, M. Wraße 6; als Kassierer R. Wolz 327, R. Anders 7; als Schriftführer F. Wolz 328, F. Bull 4; als Beisitzer W. Schliemann 326, L. Dajnde 321, D. Disso 8, M. Schumacher 3 Stimmen.

— Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes. Abgegeben 335 Stimmzettel, davon gültig 322. Gewählt wurde H. Schlotter-Schwerin mit 238 Stimmen; D. Sande-Lübeck erhielt 84 Stimmen.

— Delegiertenwahl zur Generalversammlung der Zentralinvalidenkasse i. L. Abgegeben 158 gültige Stimmzettel. Gewählt wurde H. Schlotter mit 112 Stimmen; D. Sande erhielt 46 Stimmen.

Mittelrhein. Ergebnis der Delegiertenwahl. Abgegeben 2001 Stimmzettel, davon ungültig 12, weiß 4, mittig gültig 1985. Absolute Mehrheit 993. Es erhielten Stimmen: Bente-Mainz 1055, Fuhs-Mannheim 1693, Gerlich-Ludwigshafen 710, Herrig-Trier 479, Hilbebeutel-Darmstadt 992, Holzappel-Neustadt 595, Guber-Mannheim 788, Madenach-Saarbrücken 1003, Schneider-Heidelberg 901, Zep-Mainz 1103. Gewählt also: Bente, Fuhs, Madenach, Beeh. Stichwahl zwischen Hilbebeutel und Schneider.

Oberrhein. Orts- oder Bezirksvereine, welche Duitungsarten oder -bücher für die Verbandsbeiträge einge-

führt haben, werden gebeten, ein Musterexemplar einzusenden an R. Lindenlaub, Freiburg i. Br., Jahnstr. 101.

Osterrland-Thüringen. Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes. Eingegangen 1307 Stimmzettel. Gewählt wurden die Kollegen: Palm-Weimar mit 939, Michaelis-Erfurt mit 812 und Leichmann-Naumburg mit 686 Stimmen; außerdem erhielten Runge-Altenburg 544, Schubert-Gera 445, Helmholz-Weimar 444 Stimmen. Zerplittert und weiß 12 Stimmen.

— Generalversammlung der Zentralinvalidentafel i. S. Eingegangen 366 Stimmzettel, davon erhielten Palm 245, Michaelis 176, Runge 89, Leichmann 87, Schubert 66, Helmholz 61; ersterer ist somit gewählt und findet Stichwahl zwischen Michaelis und Runge statt.

Niederrhein-Westfalen. Ergebnis der Delegiertenwahl zur Generalversammlung in Dresden. Abgegeben 3418 Stimmzettel, darunter 38 ungültige. Absolute Mehrheit 1691. Es erhielten Stimmen: Graßmann-Essen 3209, Michow-Bielefeld 2602, Becker-Dortmund 2465, Müller-Essen 2464, Albrecht-Bochum 2429, Rave-Krefeld 2318, Müller-Köln 2225, Born-Düsseldorf 2111, Balbus-Bonn 2062, Pichardt-Barmen 2042, Lorenz-Hagen 1649, Albrinck-Duisburg 1632, Wilms-Maden 1623, Wurmann-Krefeld 1487, Milauki-Elsbergl 1293, Wedesjer-Münster 847, Hüngsch-Bielefeld 810. Gewählt sind die ersten zehn Kollegen.

— Zentralinvalidentafel i. S. Abgegeben 437 Stimmzettel, zerplittert 14, ungültig 15. Es erhielten Stimmen: Graßmann 197, Michow 188, W. Müller 127, Becker 43, Pichardt 39, Rave 37, Wilms 35, Milauki 33, Albrecht 28, Müller 28, Wurmann 27, Balbus 17, Wedesjer 12, Born 11, Lorenz 10, Hüngsch 9, Albrinck 2. Da keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit 212 erhalten hat, ist Stichwahl notwendig.

— Zur Wahl des Gauvorstehers und Gauverwalters wurden 3252 Stimmzettel abgegeben, zerplittert 38 bzw. 109, ungültig 3 bzw. 4. Es erhielten als Gauvorsteher Graßmann 3211, als Gauverwalter E. Müller 3139 Stimmen.

Schlesien. Delegiertenwahl. Eingegangen 1351 Stimmzettel, davon 10 ungültig. Es erhielten Stimmen: Schlag 1017, Fiedler 994, Hiescher-Wogau 818, Härtel 808, Mehnert-Hirschberg 765, Lindner-Görlitz 748, Hüngsch-Sieg-

nitz 661, Kwasiot-Kattowitz 525, Radler-Habelschwerdt 310. Gewählt die ersten vier. Mehnert Stellvertreter.

— Zentralinvalidentafel i. S. Eingegangen 375 gültige Stimmzettel. Es erhielten Stimmen: Schlag 283, Fiedler 247, Härtel-Breslau 191, Hiescher-Wogau 163, Lindner-Görlitz 101, Kwasiot-Kattowitz 81, Radler-Habelschwerdt 42. Die ersten zwei somit gewählt. Stellvertreter Härtel-Breslau.

Westpreußen. Delegiertenwahl zur Generalversammlung des Verbandes. Abgegeben 222 Stimmzettel, ungültig 2, zerplittert 22. Magroß-Danzig wurde mit 198 Stimmen gewählt. Stellvertreter G. M. David-Danzig.

— Zentralinvalidentafel i. S. Abgegeben 57 Stimmzettel, zerplittert 9. Gewählt wurde Magroß-Danzig mit 48 Stimmen. Stellvertreter G. M. David-Danzig.

— Die Urabstimmung betr. Obligatorium des „Corr.“ (vom 1. Juli ab auf je zwei Mitglieder ein Exemplar) hatte folgendes Resultat: Für 144, gegen 78 Stimmen. Die obligatorische Einführung ist also angenommen. Das Nähere wird den Gaumitgliedern per Zirkular bekannt gegeben.

Bezirk Essen. Die nächste Bezirksversammlung findet Sonntag den 4. Juni in Werden a. d. Ruhr statt. Anträge zur Tagesordnung sind bis spätestens 28. Mai an den Vorsitzenden Otto Krauß, Essen, Kasanienallee 92, einzureichen.

Bezirk Köslin. Umstandshalber findet die am 11. Juni angelegte Frühjahrss-Bezirksversammlung erst am 9. Juli in Kolberg statt. Anträge sind nur an den Bezirksvorsitzenden Karl Tschobold, Köslin, Gr. Baustr. 6, zu richten.

Bezirk Danabrück. Das Resultat der Delegiertenwahl zum Gautage war folgendes: Eingegangen 104 Stimmzettel; davon entfielen auf Sandorf-Danabrück 101, Friß-Danabrück 97, Eihmann-Melle 83, Fett-Danabrück 20 Stimmen. Die ersten drei sind somit gewählt, und fungiert Kollege Fett als Ersatzmann.

Kempten. Die hiesige Vorstandsschaft für das Jahr 1905 besteht aus folgenden Kollegen: Anton Koch, Gesselnweg E 93, Vertrauensmann; Aug. Dhrnberg jun., Johannisbrücke A 19 (vom 13. Juni ab Stiftskellerweg A 3),

Kassierer und Reisefasserwalter; Josef Müller, Schriftführer; Karl Bölt und Anton Schneider, Revisoren. **Kleinig.** (Maschinenmeisterverein.) Der Vorstand für den Bezirk Kleinig setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Oskar Frömbsdorff, Nikolaistraße 13, II, Vorsitzender; Josef Pischke, Kaiserstraße 14, Kassierer; Artur Mirke, Schriftführer.

Zur Aufnahme haben sich gemeldet (Eintwendungen sind innerhalb 14 Tagen nach Datum der Nummer an die beigeigte Adresse zu richten):

In Barmen der Seher Ernst Heinrich, geb. in Selb i. Bayern 1886, ausgl. daf. 1904; war noch nicht Mitglied. — Karl Kintan, Rößlerstraße 7.

In Borna die Seher 1. Ludwig Hahn, geb. in Lauenburg 1886, ausgl. daf. 1905; 2. Karl Schlotter, geb. in Kalbe 1885, ausgl. daf. 1904; waren noch nicht Mitglieder. — In Chemnitz 1. der Seher Paul Georgi, geb. in Chemnitz 1886, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied; 2. der Schweizerdegen Artur Henschel, geb. in Gabelitz 1880, ausgl. in Chemnitz 1899; war schon Mitglied. — In Greiz die Seher 1. Albert Horlbed, geb. in Obergroßhitz 1887, ausgl. in Greiz 1905; 2. Alfred Scholz, geb. in Greiz 1887, ausgl. daf. 1905; 3. Alb. Ebn. Herfer, geb. in Dittersdorf 1886, ausgl. in Gaißichen 1905; waren noch nicht Mitglieder. — In Hohenstein der Seher R. Hugo Bieweger, geb. in Hohenstein 1886, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — In Limbach die Seher 1. Alf. W. Rüdiger, geb. in Kändler 1887, ausgl. in Limbach 1905; 2. Arno Pähler, geb. in Pleiße 1886, ausgl. in Limbach 1905; 3. der Drucker Karl Art. Werner, geb. in Kleinaundorf 1863, ausgl. in Stolpen 1882; waren noch nicht Mitglieder. — In Marktneukirchen der Drucker Paul Krauß, geb. in Ubersiebt 1885, ausgl. in Wernburg 1904; war noch nicht Mitglied. — In Schönheide die Seher 1. Artur Kraß, geb. in Schönheide 1887, ausgl. daf. 1905; 2. Kurt Voigtmann, geb. in Schönheide 1886, ausgl. daf. 1905; waren noch nicht Mitglieder. — C. W. Stoy in Chemnitz, Amalienstraße 41, II.

In Jena der Drucker Herm. Hoff, geb. in Dresden 1886, ausgl. daf. 1905; war noch nicht Mitglied. — Richard Meinhardt, Marienstraße 11.

Maschinenmeister

mit dem modernen Druckverfahren vollständig vertraut, sehr tüchtiger Farben- und Illustrationsdrucker, mit langjährigen Erfahrungen in allen Branchen des Druckes, solid und gewissenhaft, sucht selbständige, dauernde Stellung. Suchender war bisher als erster resp. Obermaschinenmeister in hervorragenden Druckereien tätig. Eintritt gleich wann. Süddeutschland bevorzugt.

Weiße Offerten unter M. L. 143 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Zeitungs- u. Akzidenzdruckerei

in Süddeutschland ist bei 5000 Mk. Anzahlung zu verkaufen. Weiße Offerten unter S. H. 142 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Nach Salparaiso (Chile)

wird ein solider, durchaus tücht. selbständiger erster Akzidenzsetzer

gesucht; derselbe muß im Entwurfe und Säge seiner Akzidenzen Hervorragendes leisten und selbstverständlich auch Sonplatten schneiden können. Gehalt etwa 300 Mk. monatlich und freie Hebefahrt 2. Klasse. Weiße Offerten mit Zeugnisabschriften unter Günterben. Schwäbische Versicherung (Hotel garni). Stuttgart. [148]

Tüchtiger Schriftgießer

an die **Reinische Regletten-Gießmaschine** in dauernde Kondition gesucht [151]

Sauerische Gießerei Frankfurt a. M.

Ein tüchtiger

Fertigmacher und Höhehobler

sowie ein Gießer für **Hand- und französische Komplettmachine** für dauernd gesucht. Nur leistungsfähige gelehrte Herren melden sich bei [121]

Graf, Barth & Komp. (W. Friedrich) Schriftgießerei, Breslau, Herrenstr. 20.

Tüchtiger

Reglettengießer

von gr. Berliner Gießerei sofort zu engagieren gesucht. Dauernde, gutbezahlte Kondition. Weiße Off. u. Nr. 125 an die Geschäftsst. d. Bl.

Galvanoplastiker

tüchtiger Fertigmacher sowie Träger und Bedecker sofort gesucht. Nur tüchtige Kräfte mögen sich melden. [134]

Plastik, Hamburg 3. Heuberg & Wilms.

Stempelschneider

in Stahl- und Zugarbeiten geübt, finden bei guten Leistungen angenehme Stellung in Leipzig. Weiße Offerten mit Mustern und Angabe der Anfertigungszeit befördert vertrauensvoll unter X. B. 70 die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Geübte Schriftsetzer

verlangt sofort **Ferd. Rheinhardt, Schriftgießerei** Berlin SW 11, Schönberger Straße 4.

Junger, ordnungsliebender Zeitungsetzer und Akzidenzsetzer

verheiratet, sucht zum 1. Juli dauernde Kondition. Weiße Off. an **G. Marx, Schleis (K.)**

Tüchtiger Insizierer

amerik. gel. Maschinenfr., sucht Stellung. Weiße Off. unt. U. V. 163 a. d. Geschäftsst. d. Bl. erb.

Hygienisch wertvoll! Präpariert! Schutzkittel für Setzer!!!

110 cm l. 120 cm l. Regatta la, blauw. 2,50 Mk. 2,75 Mk. Nessel, blauweiss 2,75 „ 3,- „ Körper, blau- oder braunweiss 3,- „ 3,25 „ Körper, naturell 2,50 „ 2,75 „ Vorrätig in 2 Weiten: für schlank und für normale Figur.

Maschinenmeisteranzüge

Echt Indigoblau: H-Tuch 3,50 Mk., H-Leinen 4,- Mk., Körper 5 Mk., Pilot 5,50 Mk., Pilot extra 6,75 Mk. Vorrätig: Jackets von 80 bis 108 cm Brustumf.; Hosen von 80 bis 105 cm Buntw. und 70 bis 84 cm Schrittlänge. Aufträge von 15 Mk. franko. Größere Posten billiger. Prospekt fr. Leipzig-R. [942] M. Jahn, Täubchenweg 16.

Ueber Sehmashinen.

Rich. Härtel in Leipzig-R. — 1,80 Mk.

Oberrheinische Maschinensetzervereinigung Freiburg i. B.

Pfingstsonntag den 11. Juni, vormittags 10 Uhr, in Freiburg, Brannerie Grünting (Vertoldstraße 25):

Ordentliche Generalversammlung.

Die Tagesordnung geht den verehrlichen Mitgliedern per Zirkular zu. Um rege Beteiligung ersucht **Der Vorstand.** [139]

Internationale Zeitungsausstellung

Leipzig 18. bis 25. Juni 1905 im Deutschen Buchgewerbehaus Dolzstrasse.

Alle Zukünftigen wollen man bis spätestens 10. Juni an Leopold Hessebarth, Leipzig-Ringer, Möllnerstraße 40 II, gelangen lassen. Gleichzeitg bitten wir die Kollegen der uns liegenden Orte, welche unsere Ausstellung besuchen wollen, dieses baldigst uns mitzuteilen. Die Kommission der **Drucker u. Maschinenmeister im Buchdruckgewerbe zu Leipzig.** (Mitglieder des Verbandes der Deutschen Buchdrucker.) [147]

Praktischer Mathufianismus

von Dr. A. Hense. [140] 2 Bogen. 8°. Preis 50 Pf. Verlag von **Mar Schmidt, Leipzig-R. 90.**

Johannisfest 1905.

Fünffarbige seidene Buchdrucker-Tierpapier und Ubränder mit edstem Gold- u. Silberfaden, in Nickel 3,50 Mk. Berggold 3,50 „ Silber 6,00 „ Gold 11,00 „ mit schwarzem Bande à 75 Pf. billiger.

Graphische Verlagsanstalt P. Goldschmidt

Halle a. S., Körnerstr. 7. Graphischer Anzeiger (19. Jahrgang) unsofort.

Richard Härtel, Leipzig-R.

(Inhaberin: Klara verw. Härtel) Kohlgrabenstrasse 45 liefert Werke aller Art zu Ladenpreisen franko. Bestellungen nur direkt per Postanweisung erbeten. Verschönerung und Druck von Illustrationen. Von Waldow. 4 Mk.

Am 18. Mai verschied nach längerer Krankheil unser Akzidenzfaktor, Herr **Otto Hühne** im 36. Lebensjahre. Sein kollegiales Wesen sichert ihm ein ehrendes Andenken! **Gesamtpersonal der Firma C. Grumbach** Leipzig. [145]

Am 16. Mai entschlief nach schwerem Kranklager unser werttes Mitglied, der Setzer **Herm. Grasshoff** von hier im Alter von 26 Jahren an der Berufskrankheit. [141] Möge ihm die Erde leicht sein! Ortsverein Ascherleben (V. d. D. B.).

Am 18. Mai verschied nach langem, schweren Leiden unser werttes Mitglied der Stereotypen **Paul Cyrus** [146] im vollendeten 43. Lebensjahre. Ein ehrendes Andenken bewahrt ihm Verein der Stereotypen usw. zu Breslau.

Tabellen zur Satzberrechnung

Rich. Härtel in Leipzig-R. — 3 Mk.